

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Der «Sonnenzug» kommt

Der «Sonnenzug» macht nach einigen Jahren Unterbruch wieder in unserem Land Station. Über Fronleichnam fährt der «Sonnenzug» mit Behinderten von Wien über Süddeutschland nach Liechtenstein und von hier über Südtirol wieder nach Wien zurück. Diesmal ist ein längerer Aufenthalt der Teilnehmer in unserem Land vorgesehen, während bisher meist nur ein kleiner Halt in Schaan auf dem Programm stand.

Das Ehrenpatronat für den «Sonnenzug» haben I. D. Erbprinzessin Marie, Regierungschef Hans Brunhart, Österreichs Botschafter Dr. Dietrich Bukowski, Honorarkonsul Dr. Hans Pitschmann und Bürgermeister Arthur Konrad übernommen, die die Teilnehmer des «Sonnenzuges» auch begleiten werden.

Die Behinderten treffen am Freitag nachmittags im Bahnhof Buchs ein und werden anschliessend mit Bussen nach Vaduz zu einem «Stadtbummel» gebracht. Bei ungünstiger Witterung begehen sich die Gäste sogleich in den Vaduzer Saal, wo ein Abendessen serviert wird.

Schwergewicht auf Konzept für öffentlichen Verkehr

Seit einiger Zeit wird an einem Verkehrskonzept gearbeitet – Umsteigen auf Postautos

Der autofreie Sonntag, der nicht ganz den erhofften Erfolg brachte, brachte wieder Diskussionen über die Förderung des öffentlichen Verkehrs in Gang, damit noch mehr Berufstätige und Reisende zum Umsteigen auf die Postautos angezogen werden. Die Regierung arbeitet seit einiger Zeit an einem Verkehrskonzept, zu dem im Dezember 1985 vom damaligen Ressortinhaber für Verkehr, Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt, ein Zwischenbericht mit 14 Thesen für den öffentlichen Verkehr in unserem Land veröffentlicht wurde.

Alibiübungen wie autofreie Sonntage, die nicht die Zustimmung aller Automobilisten bringen und deren Wert für den Umweltschutz eher fragwürdig sind, lehnt Dr. Peter Goop, der Präsident der Gesellschaft für Umweltschutz, in einem Interview mit dem VOLKSBLATT ab und fordert dafür «sämtliche Energien auf eine konsequente Durchsetzung eines Konzeptes für den öffentlichen Verkehr» zu verwenden. Auch Norbert Brunhart, der Präsident des Verkehrsclubs Liech-

tenstein, spricht sich für die weitere Förderung des öffentlichen Verkehrs aus.

Streusiedlungen behindern Verkehrskonzept

Förderung des öffentlichen Verkehrs in unserem Land ist gleichbedeutend mit einer attraktiveren Gestaltung der Linienführung, der Netzgestaltung und des Fahrplans sowie der Fahrpreise. Auf diese Faktoren hat die Regierung in den letzten Jahren verschiedentlich in den periodischen Anfragen aus dem Landtag eine Antwort gegeben und jeweils darauf hingewiesen, dass alle Überlegungen von der Tatsache auszugehen hätten, dass praktisch alle Gemeinden als Streusiedlungen ohne Wohnschwerpunkte gebaut und erweitert wurden. Eine gleichmässig dichte Einbeziehung aller Ortschaften in ein Liniennetz könne auf dieser Ausgangsbasis nur mit grossen Schwierigkeiten verwirklicht werden. Der Grundstein allerdings ist gelegt, denn alle Ortschaften sind an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen. Doch verkehren die Postautos in und zwischen allen Dörfern zu meist nur auf den Hauptverkehrsstrassen. Eine Änderung dieses Konzeptes unter Einbezug weiterer Dorfteile und Siedlungen würde die Fahrzeiten durch die notwendig werdenden Zusatzschleifen vergrössern, was Nachteile gegenüber der heutigen Situation mit sich brächte.

Ganzheitliches Konzept anstreben

Wie aus dem Zwischenbericht der Regierung an den Landtag hervorgeht, soll sich das weitere Vorgehen für die attraktivere Gestaltung des öffentlichen Verkehrs nicht auf die Linienführung und den Fahrplan beschränken, sondern auch andere Aspekte wie Warteräume oder Werbemassnahmen umfassen. Nur ein «interdisziplinäres Vorgehen» garantiert nach Auffassung der Regierung ein auf alle Bedürfnisse abgestimmtes Konzept, wobei ein Team aus Verkehrs- und Gestaltungsfachleuten die Sache an die Hand nehmen sollte. «Dabei ist es

wichtig, dass ein solches Team aus engagierten Leuten besteht, die aus persönlicher Überzeugung die Aufgabe angehen, die aber auch dynamisch genug sind, kreativ zu handeln, das Unmögliche für möglich zu halten und die durch ihre fachliche und persönliche Qualifikation in der Lage sind, konzeptionell zu denken und Zusammenhänge im Gesamtsystem zu erkennen.»

Als Ausgangspunkt veröffentlichte die Regierung insgesamt 14 Thesen, die als Grundlagen für die weitere Arbeit dienen sollen. Zu diesen Thesen gehört die Forderung nach Einführung eines Taktfahrplans, nach dem in rascher Folge die einzelnen Ortschaften erreicht werden können. Im weiteren soll dem öffentlichen Verkehr grösstmögliche Priorität eingeräumt werden, wobei der weitere Ausbau in erster Linie den Benützer vor Augen haben muss, der zum Verzicht auf das private Fahrzeug angeregt werden soll.

(G.M.)

Dollarbaisse bremst Wachstum der Banken

Zürich (AP) Die Talfahrt des Dollarkurses hat im ersten Quartal dieses Jahres das Wachstum der Schweizer Banken gebremst. Wie die Schweizerische Nationalbank (SNB) in ihrem am Dienstag veröffentlichten Vorabdruck zum Monatsbericht Mai schreibt, lag die Bilanzsumme der 71 von der Statistik erfassten Banken Ende März mit 593,6 Milliarden Franken noch um 5,6 Prozent über dem Stand vor Jahresfrist.

Ende letzten Jahres hatte die Jahreswachstumsrate noch 7,2 Prozent betragen. Bei im Vorjahresvergleich unveränderten Dollarkursen hätte das Jahreswachstum weiterhin rund 13 Prozent betragen. Was die Kreditfähigkeit der Banken betrifft, so blieb die Jahreswachstumsrate bei den Inlandausleihungen im Berichtsquartal mit 10,0 Prozent praktisch unverändert. Der Betrag der Auslandskredite lag Ende März um 4,9 Prozent unter dem Vorjahresstand, was laut Nationalbank ebenfalls teilweise auf die Dollarbaisse zurückzuführen ist.

Westmächte über DDR verärgert

Westmächte drohen mit Abbruch der Beziehungen

Ost-Berlin (AP) Die drei Westalliierten erwägen inoffiziell den Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen zur DDR, falls Ostberlin die neuen Passkontrollen auch auf die Diplomaten aus den USA, Grossbritannien und Frankreich ausdehnt. Aus alliierten Diplomatenkreisen verlautete am Dienstag in Ostberlin ferner, zunächst könnten dann «Ministergespräche» und «laufende Verhandlungen» abgesagt werden. Sprecher der beiden amerikanischen Vertretungen in West- und Ostberlin wollten derartige Überlegungen allerdings nicht bestätigen.

In einer Note hatte die DDR den bei ihr akkreditierten diplomatischen Missionen in der vergangenen Woche mitgeteilt, ab 26. Mai müssten alle westlichen Diplomaten bei Fahrten von Ost- nach

Westberlin entgegen der bisher üblichen Praxis neben ihrem vom DDR-Aussenministerium ausgestellten Ausweis auch ihren Reisepass vorlegen. Für die Vertreter der drei Westalliierten war diese Praxis am Montag allerdings noch nicht realisiert worden, wohl aber für die Mitglieder der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin und der Botschaften der anderen westlichen Länder.

Vertreter der Westmächte zeigten sich über den Schritt «sehr verärgert». Sie sprachen in diesem Zusammenhang von einer «Unberechenbarkeit der DDR». Die DDR reite eine «Attacke gegen den Viermächtestatus von Berlin», und die drei Westmächte müssten sich geeignete Gegenmassnahmen überlegen, hiess es.

Toleranzbewilligungen nur in Härtefällen

Jahresversammlung des liechtensteinischen Gastgewerbes – Modell für Verkehrsumlagen

Das liechtensteinische Gastgewerbe versucht den guten Ruf der einheimischen Gastronomie zu erhalten und nach Möglichkeit noch zu verbessern. Diese Bestrebungen wurden an der Jahresversammlung, die am Montagabend im Hotel Kulm in Triesenberg stattfand, wieder sichtbar. Vorgestellt wurde ein neues Berechnungsmodell für die Verkehrsumlagen und ein Vorschlag des Vorstandes für einen Bedürfnisnachweis bei der Bewilligung neuer Betriebe.

Die Feststellung von Gastgewerbe-Präsident Werner Thöny, dass die Probleme schon seit Jahren immer die gleichen seien, weist einerseits darauf hin, dass es sich um tiefgreifende Probleme handeln muss, auf der anderen Seite aber auch, dass das Gastgewerbe mit seinen Forderungen bei den staatlichen Stellen nur wenig Gehör findet. Zu diesen Problemkreisen gehören die Bewilligungen für Betriebsübernahmen durch ausländische Pächter, die Polizeistundenverordnung und die starke Zunahme der Neubetriebe.

Missstände bei Bewilligungen

Obwohl das Gewerbegesetz einen mindestens zehnjährigen Wohnsitz vor der Übernahme eines Geschäftes vorschreibt, bemerkte Werner Thöny in seinem Jahresbericht, musste der Gastgewerbevorstand in jeder Sitzung über Konzessionsgesuche von Ausländern befinden, die noch gar keinen Wohnsitz im Lande nachweisen konnten. Ein Schreiben an die Fremdenpolizei, worin auf diese Missstände aufmerksam gemacht worden sei, hat nach seinen Worten nicht befriedigt, so dass der Gastgewerbevorstand selbst Richtlinien ausarbeitete.

Mit diesem Papier, das von der Jahresversammlung genehmigt wurde, wird grundsätzlich eine vorausgehende Wohnsitznahme von fünf Jahren gefordert. Ausnahmen sollen nur in wirklichen Härtefällen gemacht werden können, wozu Todesfälle, Invalidität oder die Sicherheit von mehreren Arbeitsplätzen gehört.

Ebenso hiess die Jahresversammlung die Einführung einer Bedürfnisklausel gut, die als Vorschlag der Regierung unterbreitet werden soll. Als Kriterien für die Beurteilung des Bedürfnisses für weitere gastgewerbliche Betriebe werden die Einwohnerzahl der betreffenden Gemeinde sowie die Verkehrslage und der Standort angesehen. Wie Dr. Benno Beck vom Amt für Volkswirtschaft dazu erwähnte, ist die Regierung in der Erteilung von Bewilligungen von einer toleranten Haltung ausgegangen. Die Verpächter stellten sich zumeist auf den Standpunkt, dass ohne Sonderbewilligung ein Betrieb gar nicht mehr verpachtet werden könne.

Toleranzbewilligungen nur in Härtefällen

Der Gastgewerbeverband sprach sich auch gegen Toleranzbewilligungen aus, die bisher erteilt wurden, wenn sich der Geschahsteller verpflichtet hatte, die verlangte Wirteprüfung nachzuholen. Mit dieser toleranten Haltung habe man, so Präsident Werner Thöny, mehrmals schlechte Erfahrungen gemacht, die dem guten Ruf des liechtensteinischen Gastgewerbes schaden.

Regierungsrat René Ritter, der als Vertreter der Regierung an der Jahresversammlung teilnahm, gab nach diesen Diskussionen zu verstehen, dass er von den vielen offenen Fragen im Gastgewerbe

be bisher keine Ahnung gehabt habe. Er rief jedoch zur Verbesserung der Situation und zur Erhaltung des guten Rufes des Gastgewerbes zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Verband und Behörden auf.

Neues Modell für Verkehrsumlagen

Ein zweiter Schwerpunkt der Versammlung war die Vorstellung des neuen Modells für die Berechnung der Verkehrsumlage, über die ein von der Regierung eingesetztes Projektteam – Michael Biedermann (ATW-Management), Gerold Matt (Finanzkontrolle) und Berthold Konrad (Fremdenverkehrszentrale) – orientierte. Der bisherige Umfang der Verkehrsumlagen reicht offenbar nicht aus, so dass von Geldmitteln in Höhe von 600 000 Franken die Rede ist. Die Hälfte davon wird der Staat nach dem vorgelegten Modell zu übernehmen haben, der Rest soll sich auf Interessengruppen aufteilen. Nach dem Projektvorschlag müssten die gastgewerblichen Betriebe sowie Souveniergehäfte weitere 25 Prozent übernehmen, die nicht unmittelbar betroffenen gewerblichen Betriebe 20 Prozent und die nur indirekt am Fremdenverkehr beteiligten Unternehmen 5 Prozent.

Die Kostenaufteilung für den einzelnen Betrieb würde nach einem Punktesystem ermittelt, das sich an der Grösse des Betriebes, am Standort sowie am Bezug zum Fremdenverkehr orientiert.

Das neue Verkehrsumlagenmodell wird weiter bearbeitet, möglicherweise noch modifiziert und dann – nach Vernehmlassung und Änderung des bestehenden Gesetzes – in Kraft gesetzt.

(G.M.)



Eines der bekanntesten Bilder von Prof. Ferdinand Nigg (1865–1949), das die Heilige Familie zeigt, wird zweifelslos auch ausserhalb unseres Landes auf grosses Interesse stossen. Werke des liechtensteinischen Künstlers werden diesen Sommer in zwei Sonderausstellungen im Stadtmuseum und im Diözesan-Museum in Köln ausgestellt.

Nigg-Ausstellung in Kölner Museen

Eröffnung der beiden Ausstellungen am 10. Juli

Nach der erfolgreichen Ausstellung «Ferdinand Nigg (1865–1949) in den Staatlichen Kunstsammlungen werden Werke des liechtensteinischen Künstlers in zwei Museen in Köln ausgestellt. Nigg wirkte als Lehrer während vielen Jahren in der Stadt am Rhein.

Im Kölnischen Stadtmuseum werden Werke unter dem Titel «Bildteppiche – Malerei – Graphik» gezeigt, während im Erzbischöflichen Diözesan-Museum die Ausstellung «Ferdinand Nigg und das kirchliche Textil» aufgebaut wurde. Beide Ausstellungen werden am 10. Juli eröffnet und bleiben bis zum 14. September für das Publikum zur Besichtigung offen.

Das Werk des 1949 in Vaduz verstorbenen Künstlers Ferdinand Nigg ist vielfältig. Mit seinen Arbeiten angewandter Graphik für Zeitschriften, Werbung und Buchschmuck, dem ersten Schwerpunkt seines künstlerischen Schaffens erreicht Nigg frühe überregionale Anerkennung. Er beweist darin eine starke Affinität zu den Zielen des Deutschen Werkbundes, dessen Mitglied er seit 1908 war. Nach einer Lehrtätigkeit in Magdeburg folgt Nigg 1912

dem Ruf Emil Thormälens an die Kölner Kunstgewerbe- und Handwerkerschule, wo er neben der Fachklasse für Buchgewerbe auch die für textiles Gestalten unterrichtet, das den Schwerpunkt innerhalb seines Werkes bildet. In Köln wendet sich Nigg dem kirchlichen Textil zu und übernimmt 1926 die Leitung der ersten Fachklasse für Paramentik an dem der Schule angegliederten «Institut für kirchliche Kunst». Es kommt zur Zusammenarbeit mit Jan Thorn Prikker, Dominikus Böhm, Peter Hecker, Georg Grasseger und Ernst Riegel. Innerhalb der Paramentik wird Nigg zu einer schulbildenden Kraft im Rheinland, deren Einfluss nach seiner Pensionierung und Rückkehr nach Liechtenstein 1931 von seinen Schülern fortgeführt wurde. Sein vor jeder Öffentlichkeit im Verborgenen entstandenes Werk, Bildteppiche, Malerei und Paramente und seine fast 20jährige Lehrtätigkeit an der Kölner Werkschule beleuchten einen Aspekt künstlerischer Arbeit der Jahre 1900 bis 1930, der bislang ebenso wenig wie das Werk vieler Lehrerkollegen in der Kunstgeschichtsschreibung Berücksichtigung erfährt.